

Anträge des Kreisverbandes HSK an den Landesrat NRW der Partei DIE LINKE.

Partei- DIE LINKE.HSK Burgstr. 26- 59755 Arnsberg

Antrag: 1

Antragsteller: Kreisverband Hochsauerland

Der Landesrat NRW der Partei **DIE LINKE**. möge auf der nächsten Landesratsitzung nachfolgenden Antrag beschließen und auf dem nächsten ordentlichen Bundesparteitag zur Abstimmung stellen lassen. Nach einem positiven Abstimmungsergebnis ist die Bundestagsfraktion aufgefordert, entsprechend aktiv zu werden.

Die Bemessungsgrenzen in allen Sozialversicherungen sind aufzuheben.

Begründung:

In der Sozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland sind Bemessungsgrenzen von der Bundesregierung festgelegt.

Diese Bemessungsgrenzen sind unserer Meinung nach **verfassungswidrig** und müssen aufgehoben werden.

Die Bemessungsgrenzen verstoßen gegen die Gleichbehandlung bei den sozialabgabepflichtigen Einkommensbeziehern. Einkommensbezieher unterhalb der Bemessungsgrenzen werden zu 100 % ihres Einkommens zu den Sozialleistungen herangezogen. Der Beitrag zu den Sozialleistungen bei Personen, deren Einkommenshöhe über den Bemessungsgrenzen liegt, wird prozentual geringer, je höher das Einkommen ist.

Das widerspricht der Gleichbehandlung der sozialversicherungspflichtigen Bürger in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb sind Bemessungsgrenzen aufzuheben.

Antrag: 2

Antragsteller: Kreisverband Hochsauerland

Der Landesrat NRW der Partei **DIE LINKE**. möge auf der nächsten Landesratsitzung nachfolgenden Antrag beschließen und auf dem nächsten ordentlichen Bundesparteitag zur Abstimmung stellen lassen. Nach einem positiven Abstimmungsergebnis ist die Bundestagsfraktion aufzufordern, entsprechend aktiv zu werden:

Wir fordern ein gerechteres, einfacheres Steuersystem in der Bundesrepublik Deutschland und danach eine Steuerharmonisierung in der EU.

Begründung:

Wir haben z. Zt. in der Bundesrepublik Deutschland ein korruptes, leider gesetzlich legalisiertes Steuersystem. Es ist nicht zu akzeptieren, dass die Lohnsteuer bei 182 Milliarden € und die Einkommen- und Körperschaftsteuer nur bei 46 Milliarden € z. B. im Jahre 2009 lag. Eine derartig hohe Belastung der Lohnsteuerzahler ist nicht hinnehmbar. Das Verhältnis stimmt nicht mehr. **Ist Deutschland zur Steueroase für Unternehmen und Reiche geworden?**

Wir haben in der EU seit vielen Jahren eine Wirtschafts- und Währungsunion. Es ist daher dringend geboten, auch eine Steuerharmonisierung in der EU zu erreichen.

Zahlreiche EU-Länder, betreiben Steuerdumping, auch anderen EU-Ländern gegenüber. Sie verzichten somit auf Steuereinnahmen und bekommen dann von der EU hohe Finanzmittel zugewiesen. Es ergibt sich eine steuerliche Verzerrung innerhalb der EU, die dringend bereinigt werden muß.

Antrag: 3

Antragsteller: Kreisverband Hochsauerland

Der Landesrat NRW der Partei **DIE LINKE.** möge auf der nächsten Landesratsitzung nachfolgenden Antrag beschließen und auf dem nächsten ordentlichen Bundesparteitag zur Abstimmung stellen lassen. Nach einem positiven Abstimmungsergebnis ist die Bundestagsfraktion aufzufordern, entsprechend aktiv zu werden:

Wir fordern die sofortige Einführung einer 1 %igen Finanztransaktionssteuer auf Kapitalbewegungen für Banken, Versicherungen und anderen Kapitalgesellschaften in der EU. Es muss angestrebt werden, die Finanztransaktionssteuer weltweit einzuführen.

Nur unter der Voraussetzung der Einführung der Finanztransaktionssteuer in der EU sollte die Bundesrepublik Deutschland sich an der Einführung des europäischen Rettungsfonds finanziell beteiligen.

Begründung:

Die Banken, Versicherungen und andere Kapitalgesellschaften haben mit Finanzspekulationen in den Jahren 2008/2009 eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise herbeigeführt. Um das Banken- und Finanzsystem vor den Zusammenbruch zu retten, stellten viele Regierungen der Finanzwirtschaft innerhalb kürzester Zeit hunderte von Milliarden Dollar, Euro und andere Währungen zur Verfügung. (Man spricht von 4,5 Billionen Dollar.)

Viele Staaten fielen dieser Krise zum Opfer und deren Einwohner leiden noch lange unter den Folgen der Finanzkrise. Um zu versuchen, die Staatshaushalte vor einem Finanzkollaps zu bewahren, traf und trifft es die finanzschwachen Bevölkerungskreise, bei denen wahre Sparorgien durchgeführt werden, umso härter. Die Banken, Versicherungen und Kapitalgesellschaften wurden nicht entsprechend zur Begleichung der von ihnen verursachten Finanzkrise herangezogen. Die Regierungen haben hier ihre Fürsorgepflicht gegenüber ihren Bürgern verletzt.

Die Banken, Versicherungen und Kapitalgesellschaften zocken weiter, als wäre nichts geschehen. Wenn keine Regulierung der Finanzmärkte erfolgt, ist die nächste Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr fern. Um Staatshaushalte wieder in Ordnung zu bringen und Staaten und Steuerzahler vor ungebremsten Finanztransaktionen zu schützen, sollte umgehend die Finanztransaktionssteuer von 1% eingeführt werden.

Antrag: 4

Antragsteller: Kreisverband Hochsauerland

Der Landesrat NRW der Partei **DIE LINKE.** möge auf der nächsten Landratsitzung nachfolgenden Antrag beschließen und auf dem nächsten ordentlichen Bundesparteitag zur Abstimmung stellen lassen. Nach einem positiven Abstimmungsergebnis ist die Bundestagsfraktion aufzufordern, entsprechend aktiv zu werden:

Wir fordern ein gesetzliches Verbot von befristeten Arbeitszeitverträgen.

So lange dieses gesetzlich nicht erreichbar ist, fordern wir für die jederzeitige Bereitstellung der Arbeitskraft bei befristeten Arbeitszeitverträgen den von den DGB-Gewerkschaften für den Betrieb ausgehandelten üblichen Lohn plus 10% Aufschlag. Hierzu ist eine gesetzliche Regelung erforderlich.

Begründung:

Befristete Arbeitszeitverträge bedeuten „heuern und feuern“. Menschen, die dem ausgesetzt sind und mit keinem festen Arbeitsverhältnis rechnen können, sind in ihrer Lebens- und Familienplanung negativ stark beeinflusst. Daher müssen befristete Arbeitszeitverträge gesetzlich verboten werden.

Bis zum Verbot von befristeten Arbeitszeitverträgen sollten wir versuchen, Frankreich als Vorbild zu nehmen.

Was in Frankreich gesetzlich möglich ist, sollte in der reichen Bundesrepublik Deutschland auch möglich sein. Ein 10 %iger Aufschlag dient als Ausgleich dazu, den nicht abgesicherten Arbeitsplatz wieder zu verlieren. Sicher veranlasst ein derartiger Zuschlag manchen Arbeitnehmer, Festeinstellungen vorzunehmen.

Antrag: 5

Antragsteller: Kreisverband Hochsauerland

Der Landesrat NRW der Partei **DIE LINKE.** möge auf der nächsten Landesratsitzung nachfolgenden Antrag beschließen und auf dem nächsten ordentlichen Bundesparteitag zur Abstimmung stellen lassen. Nach einem positiven Abstimmungsergebnis ist die Bundestagsfraktion aufzufordern, entsprechend aktiv zu werden.

Zur Sicherung und Verbesserung der sozialen Leistungen in der reichen Bundesrepublik Deutschland fordern wir eine entsprechende Abgabe von allen

Bruttoeinkünften ohne Höchstbegrenzung.

Ausgeschlossen sind Einkünfte, die nach dem Bundessozialgesetzbuch oder Beamtenversorgungsrecht geleistet werden. Auch der steuerliche Grundfreibetrag für das Existenzminimum muß freigestellt bleiben.

Ferner fordern wir nur eine Deutsche Rentenversicherung, in die zukünftig alle Altersversorgungsbeiträge eingezahlt werden. Natürlich haben alle einzahlende Personen Anspruch auf eine Altersabsicherung, die ab einer gewissen Höhe begrenzt wird.

Die entsprechenden Voraussetzungen sind gesetzlich zu schaffen.

Begründung:

Um Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die sozialen Grundwerte unserer Partei **DIE LINKE.** wieder herzustellen, müssen neue Wege zur Sicherung unserer Sozialsysteme gegangen werden.

In einer Zeit, in der wir uns von einem Maschinenzeitalter über eine Computer- und Mediengesellschaft in eine kapitalorientierte Gesellschaft verändern, müssen unsere Sozialsysteme und deren Finanzierung auf eine breitere Grundlage gestellt werden.

Zur Sicherung der Sozialsysteme in der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der Solidargemeinschaft ist eine gesetzlich zu regelnde Abgabe erforderlich. Durch diese Abgaben und die höhere Anzahl der Beitragszahler kann eine menschenwürdige Mindestrente und eine starke Verringerung der Lohnnebenkosten erreicht werden. Gerade bei lohnintensiven Unternehmen wirkt sich dann diese Veränderung positiv auf den Arbeitsmarkt aus.

Wir wollen keine kapitalorientierte Gesellschaft, sondern eine am Menschen orientierte Gesellschaft schaffen.